



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

27.08.04

Hartz IV-Kundgebungen und kommunale Handlungsspielräume

Presseerklärung

Die Umsetzung von Hartz IV und die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zum zukünftigen Arbeitslosengeld II führt zu massiven Protesten im Osten und zunehmend auch im Westen. Die Dortmunder so genannten Montagsdemonstrationen machen deutlich, dass auch hier viele Menschen befürchten, durch die Reform nicht mehr kompensierbare finanzielle Verluste im Fall der Arbeitslosigkeit hinnehmen zu müssen. Eine Diffamierung der Protestierenden, wie sie Oberbürgermeister Dr. Langemeyer vorgenommen hat, wird der Situation der Betroffenen nicht gerecht.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt sich die aktuelle Situation so dar: Die Reform war überfällig und ist im Grundsatz sinnvoll. Die bisherige Ausgrenzung der SozialhilfeempfängerInnen vom Instrumentarium der Bundesanstalt für Arbeit wird aufgehoben. Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger haben gleichermaßen Anspruch auf steuerfinanzierte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und der Integration in den Arbeitsmarkt. Für Sozialhilfeempfänger verbessert sich per se auch in vielen Fällen die finanzielle Situation. Die Situation der bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger ist je nach urspränglichem Einkommen differenziert zu betrachten. Sie kann sich – insbesondere bei Besserverdienenden – in einem kürzeren Zeitraum als bisher – verschlechtern, sie kann in anderen Fällen in etwa das gleiche Niveau wie vorher erreichen. Positiv ist auch, dass Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung gezahlt werden.

Allerdings gab es im Zuge der Koalitionsverhandlungen und der Beratungen im Vermittlungsausschuss Ergebnisse, die die aktuellen Proteste von Betroffenen rechtfertigen und die der Nachbesserung bedürfen. Dazu gehört die verschärfte Anrechnung des Partnereinkommens, die verschärften Regelungen zur Zumutbarkeit (CDU), zu geringe Freibeträge über der Altersvorsorge und zu geringe Möglichkeiten des Zuverdienstes. In all diesen Punkten konnten sich die GRÜNEN nicht durchsetzen. Es muss allerdings auch



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

deutlich gemacht werden, dass im Falle einer CDU geführten Bundesregierung eine drastische Verschlechterung gegenüber den bisher erzielten Kompromissen eintreten würde.

Dennoch werden wir uns wie bisher bemühen, dass Nachbesserungen in unserem Sinne vorgenommen werden. Auf kommunaler Ebene gibt es Handlungsfelder, die ebenfalls zugunsten der Betroffenen bearbeitet werden können.

Obwohl wir davon ausgehen, dass eine Umzug aufgrund nicht angemessener Wohnung wie auch bei der Gewährung von Sozialhilfe eher die Ausnahme sein wird. Da es zu diesem Komplex keine eigene Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gibt und die Kommune zuständig sind, werden wir noch vor der Kommunalwahl beantragen, dass bei der Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraumes unbürokratisch und bedürfnisorientiert vorgegangen wird. Jegliche Härten müssen vermieden werden. Wir erwarten hier in einem ersten Schritt Zahlen über die in Frage kommenden Fälle von nicht angemessenem Wohnraum.

Abgesehen davon, dass die Zuverdienstregelung zu restriktiv ist, sprich ein höherer Zuverdienst möglich sein sollte, können Beschäftigungsprojekte, die der Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben dienen, die Situation für Langzeitarbeitslose verbessern, sofern das Prinzip der Freiwilligkeit gewährleistet ist. Es kann allerdings nicht angehen, dass Zuverdienstkräfte ein im übrigen noch in den Sternen stehendes Projekt wie der Landschaftspark Phoenix realisieren. Denn hier trifft eindeutig zu, dass es sich nicht um eine zusätzliche Aufgabe handelt und Garten- und Landschaftsbauer keine Chance bekommen, einen entsprechenden Auftrag zu erhalten.

Die jetzige Zumutbarkeitsregelung hat die CDU gegen rot-grün durchgesetzt. Wir wollen, dass die Kommune in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft alles daran setzt, dass in der Realität das Kriterium der orts-, bzw. regionalüblichen Entlohnung zum Tragen kommt. Wir werden darauf drängen, dass die Ergebnisse der Vermittlungstätigkeit der ARGE vollständig transparent gemacht wird, um die Entwicklungen beurteilen zu können.